

Sie wollen mitreden: Menschen in Freiburg und der Region schließen sich zu Bürgerinitiativen zusammen. Dabei muss es nicht um Protest gegen Großprojekte gehen, auch zu sehr lokalen Themen

bringen Menschen ihre Meinung ein. Aber gibt es heute mehr Bürgerinitiativen als früher? Und geht es ihnen um Mitsprache oder um Verhinderung? Ein Blick von außen soll zur Einordnung beitragen.



Landwirte protestieren gegen die Bebauung des Dietenbach-Geländes.

FOTO: RITA EGGSSTEIN (ARCHIV)

„Das ist urdemokratisch“

Badische
Freiburger
Zeitung
vom 4.01.2018

BZ-INTERVIEW: Soziologe Jan-Hendrik Kamlage hält Bürgerinitiativen für eine Antwort auf Politik, die zu wenig auf Menschen hört/ Von Sebastian Wolfrum

Bürger lassen sich heute nicht mehr jede Entscheidung gefallen, sagt Jan-Hendrik Kamlage. Der Soziologe forscht zur Partizipationskultur und ist überzeugt: Politik muss gut begründet sein – sonst gibt es berechtigten Protest.

BZ: Gibt es heute mehr Bürgerinitiativen als früher?

Kamlage: Ja, es spricht Einiges dafür, genaue Zahlen gibt es dazu leider nicht. Klar ist, dass die Entwicklung der Bürgerinitiativen und anderer Engagementformen Teil eines größeren gesellschaftlichen Wandels hin zu mehr Beteiligung ist, der sich über die letzten Jahrzehnte hinzieht. Überspitzt kann man sagen, die ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren noch geprägt von einem starken Untertanentum. Heute reden wir hingegen von Aktivbürgern und kritischen Demokraten. Menschen, die sich verstärkt einbringen und informieren über politische Entscheidungen.

BZ: Das Verhältnis zur Obrigkeit hat sich verändert.

Kamlage: Das Mehr an Beteiligung hat auch damit zu tun, dass die Menschen heute gebildeter und in einer offenen Gesellschaft aufgewachsen sind. Sie sind eher in der Lage, politische Prozesse zu durchschauen, zu hinterfragen und sich damit kritisch auseinanderzusetzen. Hinzu kommt der technische Wandel. Mit dem Internet können sich Bürger einfach vernetzen, austauschen und organisieren. Bürgerinitiativen können sich so viel schneller bilden und handeln. Das lässt sich übrigens nicht nur in Deutschland feststellen, sondern in allen entwickelten Demokratien.

BZ: Von oben umstrittene Entscheidungen fällen und umsetzen – da macht der kritische Demokrat nicht mehr mit?

Kamlage: Absolut nicht. Politik muss heute gut begründet sein. Das ist aber noch nicht überall angekommen. Ich glaube, es gibt immer noch einige politische Akteure, die nicht begriffen haben, dass sich die Welt sehr stark gewandelt hat und wir es vielfach mit mündigen Bürgern zu tun haben.

BZ: Bürgerinitiativen können also auch Reaktionen auf Politiker des alten Schlags sein?

Kamlage: Bürger einzubeziehen ist heute zentral, um die eigene politische Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Besonders, wenn es um die Verteilung von Lasten geht. Bürger sind nicht an jedem Ort und zu jeder Zeit bereit, Lasten für die Gemeinschaft zu tragen. Das fängt bei Fracking an, geht über Netzausbau oder Flüchtlingsunterkünfte und bis zur Nachverdichtung in städtischen Räumen. Entscheidungen müssen erst zur Debatte gestellt werden – und dann gefällt werden, wenn alle einbezogen wurden. Das ist eine Umkehrung der alten Entscheidungslogik.

BZ: In Planfeststellungsverfahren gibt es die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung. Allerdings wird das oft eher als Formalie wahrgenommen, denn als Dialog.

Kamlage: Das wird heute tatsächlich noch für Bürgerbeteiligung gehalten – das ist ja genau der Punkt. Das Planungsrecht ist dringend reformbedürftig. Es sichert Rechtssicherheit für die unmittelbar Betroffenen. Aber es erklärt den Menschen nicht, warum eine Entscheidung so und nicht anders getroffen wurde. Es



Jan-Hendrik Kamlage

FOTO: PRIVAT

braucht veränderte Verfahren. Alle relevanten Gruppen müssen gehört werden. Auch die schweigende Mehrheit, also die vielen, die sonst still bleiben und sich später nicht in einer Bürgerinitiative organisieren. Solche Formate gibt es. Sie werden auf der ganzen Welt entwickelt.

BZ: Wie steht es um die Mentalität bei Bürgerinitiativen à la: Not in my Back Yard (Englisch für: nicht in meinem Hinterhof, Abkürzung Nimby)?

Kamlage: Das Bild des Nimbys ist meines Erachtens nicht tragfähig. Denn nur wenn Bürgerinitiativen relevante Interessen vertreten, wird der Protest auch wahrgenommen und wirksam. Eine reine Verhinderungsstrategie ohne gesellschaftliche Bedeutung kann auf Dauer keinen echten politischen Widerstand erzeugen. Das Bild des Nimbys wird oft benutzt, um die Gegenseite zu diskreditieren.

BZ: Der Nimby als konstruiertes Feindbild?

Kamlage: Ich habe neulich eine Broschüre des Verbands der Deutschen Industrie in der Hand gehalten, da hatte man genau dieses Gefühl. Dort wurde ein egoistischer Mensch gezeichnet, der nicht in der Lage ist, das Gemeinwohl zu sehen. Der es auch noch wagt, lauthals gegen vermeintlich legitime Politik zu agieren. Dieses Bild ist hinten und vorne nicht stimmig. Bürgerinitiativen stellen politische oder administrative Handlungen infrage und fordern Begründungen für politisches Handeln ein. Das ist urdemokratisches Vorgehen. Wichtig ist nur, dass auch Bürgerinitiativen ihre Argumente und Interessen mit denen der anderen Gruppen austauschen. Es braucht eine Abwägung im Sinne des Gemeinwohls, das kann etwa in moderierten Dialogverfahren stattfinden. Und aus Protest können so Lösungen wachsen.

BZ: Wie meinen Sie das, haben Sie dafür Beispiele?

Kamlage: Aus der historischen Perspektive sieht man, dass viele Konflikte erstmal destruktiv angefangen haben. Sie haben sich aber im Laufe der Zeit zu einem gestaltenden Element gewandelt. Bürgerbeteiligung hat ein Doppelgesicht: Es findet sich im aktiven Dagegen sein und in der Ablehnung von Politik und Verwaltungshandeln. Gleichzeitig gibt es das konstruktive Handeln und selber in die Hand nehmen, etwa in der Kinderladenbewegung, in urbanen Gärten und in Energiegenossenschaften in der Energiewende. Denken Sie an Gedanken der Anti-Atomkraft-Bewegung, aus der heute eine durch Bürgerbeteiligung getragene Energiewende geworden ist.

BZ: Gibt es Felder, in denen sich die meisten Bürgerinitiativen bilden?

Kamlage: Ich würde es mal grundsätzlich angehen: Je größer die Lasten und Risiken sind und je ungerechter die Verteilung ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, auf organisiertem Widerstand zu treffen. Das Paradebeispiel ist die Endlagersuche. Da geht es um extreme Lasten und Risiken, der Nutzen ist schon längst an andere verteilt worden. Das will keiner mitmachen. Es gibt gute Argumente, warum man kein Endlager in der Nähe von sich und seinen Kindern haben will. Und da mit der Staatsbürgerpflicht zu argumentieren, ist völlig daneben.

BZ: Es gibt doch aber auch bei Bürgerinitiativen schwarze Schafe.

Kamlage: Natürlich gibt es die. Aber es ist immer die Frage: In welchem Kontext finden die statt? Und wie verallgemeinerbar sind deren Argumente und Interessen. Wenn es Motive sind, die von der Öffentlichkeit nicht getragen und anerkannt werden, dann setzen die sich auch nicht durch im Rahmen von moderierten Dialogverfahren.

ZUR PERSON

JAN-HENDRIK KAMLAGE

Jan-Hendrik Kamlage (40) ist Leiter des Forschungsbereichs Partizipationskultur des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in den Bereichen der Bürgerbeteiligung und des freiwilligen Engagements und den dialogorientierten Beteiligungsverfahren. SWO

Als der Bürgerprotest in den Gemeinderat einzog

Wie sich Freiburger Initiativen entwickeln: Aus einem Zusammenschluss von Gruppen wird eine Liste, die bei der Kommunalwahl antritt

Sie wehrten sich gegen die Bebauung der Pferdewiesen im Stadtteil Herdern, in Zähringen ging es um den geplanten „Zähringer Turm“ und gegen Häuser auf der „Höhe“, in Betzenhausen war das Baugebiet Tränkematten das Problem und in der Innenstadt wurde nach dem Abriss der Sparkasse mit dem Slogan „Mut zur Lücke“ gegen einen Neubau an gleicher

bei diesen Einzelinitiativen sollte es nicht bleiben. 2011 kündigten mehrere BIs an, sich vernetzen zu wollen. Davon versprachen sich die Akteure eine höhere Schlagkraft und mehr Druck auf Politik und Verwaltung. Aus rund 15 Initiativen entstand schließlich das „Forum Bürgerinitiativen für nachhaltige Stadtentwicklung“.

Diesen Namen kennt heute jedoch nicht

drei Sitze im Gemeinderat. Freiburg Lebenswert bildet seither gemeinsam mit der Liste „Für Freiburg“ eine vierköpfige Fraktion.

Dass die Bürgerinitiativen nun im Gemeinderat mitmischen, sei eine wichtige Entwicklung, sagt eine der damaligen Initiatoren der Bewegung, Kerstin Langosch, die heute im Vorstand von Freiburg

doch am Ende nicht verhindern konnte. Auch andere Initiativen hatten keinen Erfolg. „Und dann verschwand das ganze Know-how, dass sich die Akteure erarbeitet hatten, wieder in der Schublade“, erinnert sich Kerstin Langosch.

Um das zu verhindern und um die Kräfte zu bündeln, sei damals die Idee des vernetzten Widerstandes aufgekommen. Zu

betroffen waren. „Wir wollten mit dem Zusammenschluss weg von den Einzelprojekten und stattdessen die Probleme generell angehen“, sagt Kerstin Langosch. Denn „bauen auf Teufel komm raus“, das könne nicht die Lösung für Freiburg sein, meint sie. Für eine nachhaltigere Stadtentwicklung kämpften nun der Verein Freiburg Lebenswert und die